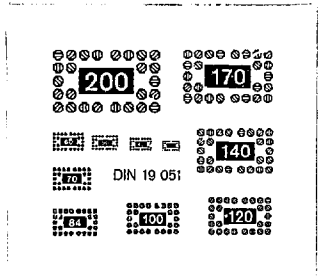

„Neue Heimat"
Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft im Lande Schleswig-Holstein
G.m.b.H. H 132

912

Zur Regierungserklärung

* * * *

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Neue Heimat"
Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft im Lande Schleswig-Holstein
G.m.b.H. H 432

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Regierungserklärung

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zur Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 wie folgt Stellung genommen:

1. Die Gewerkschaften begrüßen die Absicht der Bundesregierung, „der Entwicklung der Preise die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken", bedauern aber, daß die Regierungserklärung klare Vorstellungen über die Maßnahmen vermissen läßt, die ergriffen werden sollen.

Der DGB hatte bereits vor Monaten die Bundesregierung darauf hingewiesen, daß sich eine neue Teuerungswelle abzeichne, die unverzügliche Gegenmaßnahmen erfordere. Unmittelbar nach den Wahlen wurden die Preise für Steinkohlen und Koks erhöht. Gleichzeitig erfolgten Preissteigerungen u. a. für Textilien, Glas, Porzellan und Zeitungen sowie eine Erhöhung von Versicherungstarifen. Weitere Preiserhöhungen wurden für Gas und Strom, für Stahl, für chemische Erzeugnisse, Eisen-, Holz- und Lederwaren angekündigt. Auch eine Heraufsetzung der Eisenbahntarife steht bevor. Da — wie die amtliche Statistik ergibt — der Verbrauch der Bevölkerung hinter der Steigerung der Produktion zurückgeblieben ist, kann schon deshalb diese Preisentwicklung nicht durch den Hinweis auf Lohn- und Gehaltserhöhungen begründet werden.

Diese Preisentwicklung führt zu einer empfindlichen Verminderung der Kaufkraft der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen und damit zu einer Einschränkung der Lebenshaltung von Millionen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentnern und deren Familien.

Die Maßnahmen, die die Bundesregierung bisher gegen diese Teuerungswelle unternommen hat, waren unzureichend. Vor allem sind die Verbraucher ohne wirksamen Schutz vor dem Machtmißbrauch einflußreicher Wirtschaftsgruppen geblieben. Die angekündigte Beseitigung der Wettbewerbsbeschränkungen blieb aus.

y 5177 FES 15. 2. 13

A15912

Die Gewerkschaften erwarten von der Bundesregierung, daß sie von den ihr gegebenen Möglichkeiten zur Verhinderung weiterer Preissteigerungen in wirksamer Weise Gebrauch macht. Sie sollte vor allem auf die maßgeblichen Wirtschaftsgruppen einwirken, daß sie die Preise stabil halten und vor entschlossenen Zollsenkungen nicht zurückschrecken. Falls die der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, sollte sie den Bundestag ersuchen, ihr größere Vollmachten zur Bekämpfung der Preistreiberei einzuräumen.

2. Die von der Bundesregierung zur Frage der Lohnpolitik aufgestellten Grundsätze werden der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht gerecht. Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung, die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu ordnen. Demgegenüber hat sich in der Bundesrepublik die Verteilung von Einkommen und Vermögen noch weiter von der Vorstellung sozialer Gerechtigkeit entfernt.

Obwohl die Kaufkraft der Löhne und Gehälter in den verflossenen Jahren verbessert werden konnte, betrug nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1956 der Nettoverdienst bei 51 % der Arbeitnehmer weniger als 300 DM, bei 90 % weniger als 500 DM monatlich, wovon die Mehrheit auch ihre Familien ernähren muß. Die Zahl der Arbeitnehmer und Rentner, deren Einkommen dem Existenzminimum naheliegt, ist immer noch sehr beträchtlich. Auf der anderen Seite wächst das Einkommen in bestimmten Bevölkerungsschichten in rapider Weise und erlaubt ihren Angehörigen neben der Bildung beträchtlicher Vermögen einen Luxus und eine Verschwendung, die die Kritik herausfordern. Die ungerechte Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Sozialproduktes erfordert einen Ausgleich durch geeignete lohn- und sozialpolitische Maßnahmen. Ein verstärktes Wachstum des Masseneinkommens wäre auch die Voraussetzung für eine breiter gestreute Vermögensverteilung und eine Eigentumsbildung auf breiterer Grundlage, wie sie von den Gewerkschaften angestrebt und auch in der Regierungserklärung als Ziel der Bundesregierung bezeichnet wird.

Die Gewerkschaften haben bei ihrer Tarifpolitik niemals das Allgemeinwohl aus dem Auge gelassen. Sie haben niemals Forderungen gestellt, deren Erfüllung das „wirtschaftlich Tragbare" überschritten hätte. Die Gewerkschaften haben auch kein Interesse, sich auf Kosten der Konsumenten mit den Arbeitgebern zu verständigen. Eine solche Verständigung wäre auch widersinnig, da die Arbeitnehmer und ihre Angehörigen zugleich die überwiegende Mehrheit der Verbraucher darstellen. Es kann den Tarifparteien nicht zugemutet werden, als Grundlage für die Regelungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen die Leistungsmöglichkeit unzeitgemäßer und rückständiger Betriebsformen zu betrachten.

Die Gewerkschaften werden sich gegen jeden Versuch, ihre Selbstbestimmung und ihre Tariffreiheit einzuschränken, entschlossen wehren. Ein solcher Versuch wäre ein Angriff auf die Grundrechte unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Da überall freiwillig geschaffene Schlichtungsabkommen bestehen, die sich bewährt haben, erwarten die Gewerkschaften von der Bundesregierung, daß sie die Bestrebungen wirtschaftlicher Interessentengruppen, eine Zwangsschlichtung in irgendeiner Form einzuführen, nachdrücklich zurückweist.

3. Die Gewerkschaften begrüßen das Bestreben der Bundesregierung, jeder nicht zwingend notwendigen Sonntagsarbeit entgegenzuwirken. Es kommt dem Wunsche der Gewerkschaften entgegen, den Arbeitnehmern und ihren Familien aus sozialpolitischen und kulturpolitischen Gründen den freien Sonntag durch gesetzliche Schutzmaßnahmen zu sichern. Die Gewerkschaften vermissen aber in der Regierungserklärung, daß die Bundesregierung bereit ist, das Streben nach Arbeitszeitverkürzung und einem verlängerten Wochenende zu unterstützen.

4. Von dem Plan, die Sozialreform weiter fortzuführen, haben die Gewerkschaften mit Befriedigung Kenntnis genommen. Die inzwischen verabschiedeten Rentengesetze haben eine große Zahl von Mißhelligkeiten und Ungerechtigkeiten mit sich gebracht, die durch baldige gesetzgeberische Korrekturen beseitigt werden müßten. Dabei sollte zugleich der von den Gewerkschaften vertretene Grundsatz, die Renten an die Entwicklung der Löhne und Gehälter laufend anzupassen, in den Rentengesetzen folgerichtig durchgeführt werden.

Bei der Neuordnung der Krankenversicherung erwarten die Gewerkschaften, daß die Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der schaffenden Menschen verbessert, die Einrichtungen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge und

der Wiederherstellung geminderter Erwerbsfähigkeit zusammengefaßt und ausgebaut werden. Eine weitere finanzielle Belastung der Versicherten halten die Gewerkschaften nicht für vertretbar, da sie wirtschaftlich nicht tragbar ist und das Vertrauen zur Sozialversicherung gefährden würde.

Mißverständlich und besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die Redewendungen über „private Initiative" und das „Abgleiten in einen totalen Versorgungsstaat". Dies sind Schlagworte, die gewisse Interessentengruppen gegen die Sozialreform seit Jahren ins Feld geführt haben, weil sie in jeder Verbesserung der Sozialversicherung eine Gefährdung ihres Gewinns erblicken.

Nach Ansicht der Gewerkschaften ist es in erster Linie Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß seine kranken, berufsunfähigen und betagten Bürger nicht nur gegen wirtschaftliche Not ausreichend geschützt sind, sondern auch an den Gütern unserer Kultur und Zivilisation angemessen teilnehmen können.

5. Auch die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle zur Zeit noch nicht übersehbar sind. Sobald sie einen Überblick zulassen, sollte das Gesetz überprüft werden. Die Gewerkschaften vertreten nach wie vor die Auffassung, daß eine Gleichstellung der Arbeiter mit den übrigen Arbeitnehmern im Krankheitsfalle herbeigeführt werden muß. Eine Benachteiligung der Arbeiter kann vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit nicht länger ertragen werden.

6. Seit Jahren haben die Gewerkschaften die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die zunehmende gesundheitliche Gefährdung der Jugend gelenkt. Sie erwarten nun, daß das seit langem vorbereitete Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend dem Bundestag ohne Verzug zugeleitet und verabschiedet wird.

7. Eine echte Steuerreform halten die Gewerkschaften für dringend erforderlich. Unser Steuersystem sollte nach sozialen Grundsätzen neu geordnet und vereinfacht werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schlägt vor, einen erhöhten Ausgleichsfreibetrag für die Lohnsteuerpflichtigen einzuführen, um deren tatsächliche Mehrbelastung gegenüber dem Einkommensteuerpflichtigen zu beheben. Alle nicht gerechtfertigten Sondervergünstigungen sollten abgebaut und die Verbrauchssteuern für Güter des lebensnotwendigen Bedarfs beseitigt werden. Die Ehegattenbesteuerung muß eine soziale Ausgestaltung erfahren.

8. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß es unmöglich sein wird, den Wohnraumbedarf in den nächsten vier Jahren zu decken. Die Überführung der Wohnungspolitik in die freie Marktwirtschaft wäre daher gefährlich. Die Bundesregierung sollte den Wohnungsbau fördern, der auf der Grundlage persönlicher, genossenschaftlicher und gemeinnütziger Selbsthilfe betrieben wird. Auch der Altwohnungsbestand muß modernisiert und auf einen zivilisatorisch angemessenen Stand gebracht werden. Der Mieterschutz muß erhalten und bei Beendigung des Wohnungsmangels in ein soziales Mietrecht umgewandelt werden, das dauernder Bestandteil unserer Rechtsordnung bleibt.

9. Die Erklärung der Bundesregierung zu den Fragen des Saarlandes sind unbefriedigend. Der DGB fordert erneut eine möglichst baldige Beendigung der im Saarvertrag vorgesehenen Übergangszeit und die vollständige Eingliederung des Saargebietes in die Wirtschaft der Bundesrepublik. Der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer muß dabei gewahrt bleiben.

10. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ersucht die Bundesregierung, ihre Anstrengungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verstärken. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinten Gewerkschaften werden sie stets in ihrem Bemühen unterstützen, die Freizügigkeit im gesamtdeutschen Bereich wiederherzustellen und alle Hindernisse zu beseitigen, die die Menschen beider Teile Deutschlands voneinander trennen. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist das sehnlich erstrebte Ziel aller Deutschen.

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund, Der Bundesvor
Düsseldorf, Hans-Böckler-Haus

A15